

Die USA – eine Supermacht im Abstieg? in: Perspektiven. Verein Freunde der LVAk 1/2018)

Einleitung

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie veranstaltete zu diesem Thema am 16. Jänner 2018 in Sala Terrena eine Veranstaltung, die sich in zwei Themenblöcke gliederte: einerseits die Präsentation des von HR Dr. Gunther Hauser verfassten Projekt-Buches zum Thema „Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987 bis 2017 – Anspruch und Wirklichkeit“ (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 16/2017) sowie andererseits im Anschluss eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sind wir alle Amerikaner? Ein Jahr Präsidentschaft Trump“, bei der Gunther Hauser mit den beiden Universitätsprofessoren und USA-Kennern Dr. Reinhard C. Heinisch von der Universität Salzburg und Dr. Anton Pelinka von der Central European University diskutierte.

Die US-Sicherheits- und Verteidigungsstrategien 1987 bis 2017

Aus dem Ersten Weltkrieg waren die USA als Großmacht hervorgegangen, nach dem Zerfall der Kolonialreiche in Europa – Großbritannien und Frankreich – nach 1945 und dem damit einhergehenden Bedeutungsverlust dieser Staaten hatten die USA in der Folge den Status einer Supermacht erreicht. So betitelte der US-Medienmogul Henry Luce bereits im Jahr 1942 in seinem Time Magazine das 20. Jahrhundert als das amerikanische

Jahrhundert. Der neue außenpolitische Grundsatz der USA lautete seit 1947, „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen.“ Die Truman-Doktrin definierte „den sowjetischen Totalitarismus als Feind der freien Welt“ (Eindämmungspolitik, Politik des „Containment“). Zudem galt es, Deutschland unter demokratischem Vorzeichen in eine gesamte stabile europäische Friedensordnung einzugliedern, eine umfassende militärische Wiedererstarkung Deutschlands müsse demnach verhindert werden: am 6. September 1946 wies US-Außenminister James F. Byrnes in seiner Rede zum „Restatement of Policy in Germany“ darauf hin, „dass Frieden in Europa ohne die Einfügung Deutschlands in ein demokratisches Staatensystem und ohne ökonomische Gesundung des europäischen Kernlandes nicht möglich sein werde.“ Sein Nachfolger John Foster Dulles entwarf in seiner New Yorker Rede vom 17. Januar 1947 erstmals die deutsche Wirtschaftszukunft „in integrativer Abhängigkeit von einer gesamteuropäischen Wirtschaftszukunft.“ Das Thema Menschenrechte wurden für die USA erst in 1970er und 1980er Jahren wichtig, also mit der KSZE-Schlussakte von 1975. Die Regierung unter US-Präsident Ronald Reagan versuchte zunächst, das von seinem Vorgänger Jimmy Carter favorisierte Thema „Menschenrechte“ hintanzustellen, im Zusammenhang mit dem Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion erlangte jedoch



HR Mag.
Dr. Gunther Hauser

Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie sowie als Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems tätig.

die „globale Verbreitung von Freiheit und Demokratie“, die in vielen Menschen des kommunistischen Mittel- und Osteuropa Hoffnung erweckte, als klare politische Mission Priorität.

Strategie der USA nach 1945:

- Wiedererstarke Deutschlands verhindern
- Containment gegenüber der UdSSR

Die weltpolitischen Vorstellungen der USA lagen gerade seit den 1980er Jahren unter den Präsidentschaften Ronald Reagan, George H.W. Bush und Bill Clinton in der Umsetzung einer „Global Governance“ sowie in diesem Zusammenhang in der Schaffung einer „weltrepublikanischen“ Ordnung, der Gestaltung und Steuerung einer neuen Weltordnung durch die USA. Bestärkt wurde diese Sichtweise durch den amerikanischen Politikwissenschaftler und Sicherheitsberater Zbigniew K. Brzezinski in seinem Buch „The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“ (New York, 1997): Washington müsse „ohne Wenn und Aber“ davon ausgehen, die „beherrschende Stellung“ Amerikas für noch mindestens eine Generation und wenn möglich noch länger aufrechtzuerhalten. Über zwei Jahrzehnte hinweg schien die sogenannte „internationale Ordnung“ an die USA ausgerichtet worden zu sein, diese stütze sich jedoch ausschließlich auf Staaten mit ähnlicher pluralistisch-demokratischer Auffassung.

In dieser Studie untersucht Dr. Gunther Hauser, wie sich die USA als Supermacht zwischen 1987 und 2017 welt- und geopolitisch verhalten hat und im Besonderen, welche jeweilige Machtprojektion („power transition“) die jeweiligen Regierungen der USA auf globaler Ebene umgesetzt haben. Für die Erstellung dieses Bandes der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie wurden alle dafür erforderlichen und in und für diesen

Zeitraum öffentlich zugänglichen Dokumente ausgewertet, so die Nationalen Sicherheitsstrategien (NSS), die Nationalen Verteidigungsstrategien, die Strategien zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und zur Terrorbekämpfung sowie zur Bekämpfung des transnational organisierten Verbrechens, die Cyber Space-Strategie aus 2011, die Quadrennial Defense Reviews (QDRs), die Nationale Strategie für die Sicherheit globaler Versorgungswege aus 2012 (und das Update aus 2013) und die Seestrategie aus 2015 „Forward Engaged Ready – A Cooperative Strategy for 21st Century Seapower“ (March 2015). Umfassend berücksichtigt sind in diesem Zusammenhang die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der USA, die zur (teilweisen) Umsetzung der politisch-strategischen Dokumente geführt haben.

Im Rahmen dieses Projektes wurden primär die Gesamtstrategien der USA seit 1987 sowohl vertikal (d.h. entlang der eigenen Entwicklungslinie) als auch horizontal (d.h. untereinander) umfassend und mit Hinweis auf einzelne Teilstrategien miteinander verglichen. Im Zentrum standen dabei folgende Forschungsfragen:

- Wie ordnete die jeweilige amerikanische Regierung ihr Land in die internationale Ordnung ein?
- Welche amerikanischen Interessen stehen dabei im jeweiligen Mittelpunkt und werden seitens der US-Regierungen als schützenswert eingestuft?
- Wie lauten die strategischen Ziele der USA?
- Mit welchen Mitteln und Fähigkeiten sollen diese umgesetzt werden?

- Wie sollen diese Mittel und Fähigkeiten wann und wo eingesetzt werden?
- Welche Defizite wurden im Laufe der letzten drei Jahrzehnte sichtbar?
- Wie weit soll seitens der USA bei der Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen uni- oder multilateral gehandelt werden?
- Welcher Stellenwert wird internationalen Kooperationen zugemessen?
- In welcher Form soll seitens der US-Regierungen international kooperiert werden?
- Welche strategischen Herausforderungen bildeten die Ausgangslage für gesamtstrategische Überlegungen der USA?
- Wie haben sich die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Jahrzehnten in Priorität und Handlungsumsetzung verändert?
- Wie werden die einzelnen Herausforderungen und Risiken im Vergleich zu einander gewichtet?
- Wie wurde jeweils das internationale Umfeld beschrieben und eingeschätzt?

In diesem Zusammenhang wurde – ausgehend vom sicherheitspolitisch-strategischen Verständnis der USA – das „Policy-making“ in Hinblick auf den Strategieformulierungsprozess umfassend berücksichtigt. Zudem geht aus den jeweiligen Strategien hervor, welche eigene Wahrnehmung die jeweiligen US-Regierungen strategisch kommunizierten, insbesondere was den Akteursanspruch, den Gestaltungswillen sowie die Präferenzen in Zusammenhang mit Kooperationen in und mit internationalen Organisationen und geografische Schwerpunktsetzungen betreffen. Berücksichtigt wurden auch

die „Brüche“ in der sicherheitspolitisch-strategischen Entwicklung: endogene und exogene Faktoren, die zu Neupositionierungen in der Einschätzung der sicherheitspolitisch-strategischen Lage führten. Ebenso wurde die Streitkräfteentwicklung der USA (deren Aufgaben) und die Rüstungspolitik weitgehend analysiert sowie die gesamtstrategischen Entwicklungen ausgehend von der US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan bis zur Regierung des US-Präsidenten Donald Trump. Diese Studie beabsichtigt, einen gesamtstrategischen Überblick der USA während der letzten 30 Jahre zu geben – auf der Grundlage von Dokumenten, Sekundärliteratur sowie Aufzeichnungen, die seitens des Autors anlässlich eines dreiwöchigen Besuches im Rahmen des International Visitors Programme (IVP) des amerikanischen Außenministeriums (United States Department of State) im November 2003 erstellt wurden. In der Methodik bei der Erstellung dieser Studie wurden zunächst Primärquellen text- und inhaltsanalytisch ausgewertet und auf empirisch-analytischer Grundlage eine mehrfache Komparatistik unternommen. Es wurde vor allem das theoretische Konzept der empirisch-analytischen Methode nach dem induktiven Verfahren angewendet. Die Projektstudie im Umfang von 242 Seiten gliedert sich in 25 Hauptkapitel und erstreckt sich thematisch ausgehend vom sicherheitspolitisch-strategischen Grundverständnis der USA hin zu den Wendejahren ab 1989/1990 und der militärischen Neuausrichtung der USA, der Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2002 und der „präemptiven Verteidigung“ im Besonderen, den Einsätzen gegen Massenvernichtungswaffen als Doktrin, die Militärinterventionen der USA „gegen den Terrorismus“, die

Schwerpunkte der Strategie Trumps:

- Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft,
- Wiederaufbau des Militärs und
- Grenzschutz.

Afghanistan-Pakistan-Strategie aus 2009, die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2010 (der ersten „Obama-Strategie“), der Nuklearpolitik der USA in den letzten 30 Jahren, der Entwicklung der amerikanischen Streitkräfte, der Politik der gegenüber Israel, Iran, Irak und Afghanistan sowie Libyen und Syrien, den transatlantischen Differenzen mit Europa, der geostrategische Stellenwert der Arktis sowie das Verhältnis der USA gegenüber Japan, China, Taiwan und Nordkorea unter Berücksichtigung der aktuellsten Entwicklungen. Zuletzt wird auch untersucht – ausgehend von „Empire-Diskussionen“ aus den 1990er und 2000er Jahren –, ob sich die USA jemals als „Empire“ verstanden und was im Besonderen aus US-Sicht ein „Empire“ definiert. Zudem werden auch die besonders nach der Finanzkrise von 2007/2008 ausgelöste „Decline“-Debatte berücksichtigt – ausgehend von jenen Diskussionsprozessen, die die beiden Autoren Earl H. Fry („Lament for America. Decline of the Superpower. Plan for Renewal“, University of Toronto Press 2010) und Josef Joffe („The Myth of America’s Decline. Politics, Economics and a Half Century of False Prophecies“, Liveright Publishing, New York and London 2014) jeweils in ihren unterschiedlichen Standpunkten mitgestalteten.

Ein Jahr US-Präsidentschaft Trump – „America First“

US-Präsident Donald J. Trump hatte am 18. Dezember 2017 seine erste Nationale Sicherheitsstrategie der Öffentlichkeit präsentiert. Diese zielt insbesondere auf die Wiederbelebung der Wirtschaft mit dem Fokus, die eigenen Produktionskapazitäten sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich zu stärken und somit

ökonomisch autarker zu werden. Erstmals sind die USA in diesem Zusammenhang auch auf dem Weg zur „energiebeherrschenden Nation“. „Wirtschaftliche Aggression“ sowie „unfaire Handelspraktiken“ werden von den USA nicht geduldet, die amerikanische Wirtschaft soll erneuert werden.

Die USA sieht Trump weiterhin als globale Führungsmacht in einer „außergewöhnlich gefährlichen Welt“, dieser Status wird jedoch zunehmend von China und Russland herausgefordert. Führung auf Amerikanisch heißt nun auch, Verbündete und Partner in Hinblick auf die Bewältigung gemeinsamer sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen in die Pflicht zu nehmen. Aus Sicht der USA werden Stabilisierungsoperationen seitens der Streitkräfte verstärkt – vor allem auf Rotationsbasis und mittels bi- und multilateraler Ausbildungsübungen. Diese Aktivitäten stärken die Abschreckung und unterstützen dabei, jene Fähigkeiten aufzubauen, die die USA, ihre Verbündeten und Partner benötigen, um sich sowohl intern als auch extern verteidigen zu können. Somit bleibt es Ziel der Regierung Trump, den amerikanischen Einfluss weltweit aufrecht zu erhalten. Die Durchführung großangelegter, umfassender und langanhaltender Operationen bleibt seit der Amtszeit von Barack Obama ausgeschlossen. Die Hauptherausforderungen für die amerikanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bilden der Aufbau von Raketen- und Nuklearkapazitäten vor allem in Nordkorea sowie aus Sicht von Trump ebenso im Iran. Der Nukleardeal mit dem Iran wird deshalb als „mangelhaft“ („flawed“) bezeichnet. Zudem destabilisieren Nordkorea und Iran ihre unmittelbare Nachbarschaft und bedrohen

in der Folge amerikanische Verbündete. Nordkorea hatte in der Folge „hunderte Millionen US-Dollar“ für nukleare, chemische und biologische Waffen ausgegeben, die die Sicherheit der USA bedrohen können. Aus diesem Grund gilt es seitens der USA, die militärische Überlegenheit und in diesem Kontext vor allem das Raketenabwehrsystem umfassend auszubauen. Weitere Bedrohungen bilden der „Islamische Staat“, der militärisch im Irak und in Syrien zwar geschlagen scheint, dessen Netzwerk jedoch immer noch besteht. China und Russland fordern Amerikas Machtprojektion heraus „attempting to erode American security and prosperity.“ Trump ist bestrebt, ein globales „Machtgleichgewicht“ anzustreben, in dem die USA, die Verbündeten und die Partner profitieren. „America first“ heißt aus Sicht von Trump: Nur ein Amerika, das sicher, wohlhabend und frei sei und das somit Stärke und Zuversicht ausstrahlt wäre auch in der Lage, „auswärts“ zu führen: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie zielt weiterhin darauf ab, die amerikanische Dominanz auf globaler Ebene zu sichern. In diesem Kontext wird nun in die Streitkräfte nachhaltig investiert und die Einsatzbereitschaft gesteigert. Der strategische Fokus liegt nicht mehr primär auf dem Kampf gegen den Terrorismus, sondern auf dem globalen Wettbewerb um die militärische Vormacht. Von Russland und China gehen nunmehr „wachsende Bedrohungen“ für die USA aus. Diese „revisionistischen Mächte“ sind bestrebt, eine Welt zu schaffen, die mit ihren „autoritären“ Staatsmodellen übereinstimme, sie wollen „Amerikas Macht, Einfluss und Interessen“ herausfordern und versuchen, „Sicherheit und Wohlstand“ der USA zu untergraben. Russland wird vorgeworfen, mit der Annexion der

Krim „die Grenzen von Nachbarstaaten verletzt“ zu haben. Russland sei demnach bestrebt, in die „wirtschaftlichen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Entscheidungen seiner Nachbarn“ verstärkt einzugreifen. China wolle mit einer „räuberischen Wirtschaftspolitik“ seine Nachbarstaaten einschüchtern. Zudem betreibe China eine Militarisierung des Südchinesischen Meeres. China befindet sich dort im Territorialstreit mit mehreren Anrainerstaaten. Amerika ist somit auch militärpolitisch einem höheren Wettbewerb mit China und Russland ausgesetzt. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA zielt zudem auf eine stärkere Lastenteilung mit Verbündeten ab. So müssen alle Verbündeten ihre Verteidigungsbudgets signifikant aufstocken: auf 2 Prozent des BIP. Nur so können nationale Allianzen gestärkt werden. AnzeigeDie USA setzen seit Obama somit nicht mehr auf Staatsaufbau und die weltweite Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, wie dies George W. Bush noch mittels seiner beiden Nationalen Sicherheitsstrategien 2002 und 2006 ausformulierte, sondern ausschließlich auf die Bekämpfung bzw. Ausschaltung unmittelbarer Bedrohungen: Der Kampf gegen den Terrorismus sei nun wichtiger als Demokratisierungen von Ländern oder Regionen. Internationalen Wirtschaftsabkommen steht Trump äußerst skeptisch gegenüber, sie schränken aus seiner Sicht die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit der USA ein. Die USA verhandeln mit Kanada und Mexiko ihr Freihandelsabkommen neu aus, in der Folge sollen US-Handelsdefizite gesenkt werden. Die NAFTA-Verträge mit Kanada und Mexiko hätten, so Trump, amerikanische Jobs vernichtet und für Defizite in der Handelsbilanz gesorgt. Trump war ursprünglich bestrebt, NAFTA zu elimi-

nieren, jedoch konnte er von Kanada und Mexiko überredet werden, das Abkommen neu zu verhandeln. Der seit 1994 bestehende Vertrag ist nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer adaptierten Überarbeitung – alle beteiligten Länder waren sich darüber einig. Innerhalb der UNO sind die USA mit Abstand der weltweit größte Beitragszahler. Die USA kamen 2017 bereits etwa für ein Viertel der UN-Gesamtkosten und weit mehr für die bestehenden 15 UN-Friedenseinsätze auf. Im März 2017 erhielt das US-Außenministerium von Donald Trump den Auftrag, den Beitrag der USA zur UNO um 28 Prozent zu drosseln. Trump entwickelte perfekt während seiner Amtszeit die Technik „der Überraschung und der Unberechenbarkeit“, dadurch, so Nye, „will er das Gesetz des Handelns bestimmen.“

Sind wir alle Amerikaner?

Ausgehend von der im Jahr 2013 von Anton Pelinka verfassten Publikation zum Thema „Wir sind alle Amerikaner. Der abgesagte Niedergang der USA“ (Verlag Braumüller, Wien) wurde an die amerikanische „Decline“-Debatte angeknüpft und erörtert, ob tatsächlich die Welt dem US-Lebensstil – dem „American Way of Life“ – seit den letzten 30 Jahren immer ähnlicher wurde. „Es stimmt“, so Anton Pelinka, „die USA sind nicht mehr das, was sie einmal waren“. Zudem mögen die USA „als Volkswirtschaft irgendwann im 21. Jahrhundert von China eingeholt werden.“ Die USA befinden sich jedoch „im Wandel, sie sind nicht im Abstieg“, so Pelinka. Folglich verringert der „Rest der Welt“ den wirtschaftlich und militärisch gemessenen Abstieg zur „westlichen Hegemonialmacht“ in der Tat immer mehr: „Dies gelingt ihr jedoch nur aus einem

Grund: weil sie den USA immer ähnlicher wird. Wir sind also alle Amerikaner oder zumindest auf dem besten Weg zu solchen zu werden.“ Tatsache ist, dass wir seit dem Ende der 1940er Jahre besonders in Europa einer zunehmenden Amerikanisierung in Kultur und Wirtschaft ausgesetzt wurden. Anfangs ersetzte Glenn Miller Zarathustra, der Rock’n’Roll eroberte den europäischen Kontinent. Nicht nur die Musik wurde in europäischen Radiostationen immer amerikanischer und englischer (man denke in Österreich an Günther „Howdy“ Schifter und seine „Schellacks“ und an die öffentlichen Radiostationen), sondern auch die Wirtschaft. Mit Konsum statt Nationalismus sollte in Europa eine dauerhafte Friedensordnung erreicht werden. Der US-Dollar ist seit den 1940er Jahren die globale Leitwährung.

Die multipolare Ordnung ist durch Präsident Donald Trump nun bestätigt, betonte Pelinka anlässlich der Podiumsdiskussion. Aus Sicht von Reinhard Heinisch sind die europäischen NATO-Verbündeten als „Trittbrettfahrer“ Teil des „amerikanischen Zuges“, sie sind „mitgegangen, mitgefangen“. Die europäisch-amerikanische Achse ist und bleibt deshalb sehr eng. In der US-Politik sind ebenso nun „Europäismen“ erkennbar. So bezeichnete Heinisch Trump als „ersten europäischen Populisten, der in den USA an die Macht gekommen ist“. Auch wurde die Republikanische Partei in den USA von einer „Bewegung“ übernommen. In den USA verläuft die Polarisierung der Gesellschaft tribal ab, nach „stammesähnlichen Identitätsstiftenden Merkmalen“. Heinisch hatte davor gewarnt, den Erfolg des Populismus in vielen Ländern der Welt – somit auch in den USA – nur auf wirt-

schaftliche Faktoren zu reduzieren. Die soziokulturelle Frage ist dabei äußerst wesentlich. In den USA wird somit die Frage der Identität stets relevanter – gepaart mit traditionellen sozioökonomischen Aspekten. Diesbezüglich existiert in den USA, so Pelinka, die „Abstiegsangst der weißen Amerikaner, was auch die kulturelle Hegemonie betrifft“. Die „Hegemonie der Weißen“ löst sich, so Pelinka, auf, der ehemalige US-Präsident Barack H. Obama sei dafür „der größte Indikator“. Es gab immer schon einen „großen Bruch zwischen weißem und schwarzem Amerika“, betonte Pelinka. Demnach fühle sich die weiße Bevölkerung in den USA „nicht mehr da-

heim“, sodass sich die amerikanische Gesellschaft zunehmend polarisiere. Trump verfolgt deshalb die „Politik der weißen Vorherrschaft“, so Heinisch. Die Republikanische Partei hatte Trump in der Folge von einer „konservativen Partei“ hin zu einer „Partei mit nationalistischem Ansatz radikalisiert“. Politische, wirtschaftliche und soziale Ähnlichkeiten zeigen, dass vor allem Europäer den USA ähnlicher sind als andere Zivilisationen. Aus Sicht des Konsums versuchen China und Russland, den wirtschaftlichen Abstand zu den USA zu verringern: „Wir bleiben Amerikaner“, so Anton Pelinka abschließend.

-
1. Hannes Androsch, Europa-Entwurf und Konstruktion zwischen Marshallplan und Globalisierung, in: Europäische Rundschau 2007/4, S. 13-38, hier S. 21.
 2. Ebenda, S. 22.
 3. Ebenda.
 4. Ebenda, S. 23.
 5. Ebenda.
 6. Heinrich Schneider, Liquidiert Präsident Bush das Völkerrecht?, Working Papers 57 / April 2004, Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien, S. 11.
 7. So Joseph Nye (Harvard University) anlässlich seines Vortrages zum Thema „American Geopolitics in the 21st Century“ an der Landesverteidigungsakademie am 13. Juni 2017.
 8. The White House, National Security Strategy of the United States of America, December 2017, S. 2f.
 9. Ebenda, S. 3.
 10. Ebenda, S. 2.
 11. Thomas Vieregge, „Trumps Aufstieg ist gefährlicher als der Aufstieg Chinas“, Interview mit Joseph Nye, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6 und 7, hier S. 6.
 12. Anton Pelinka, Wir sind alle Amerikaner. Der abgesagte Niedergang der USA, Verlag Braumüller Wien, Buchrücken.
 13. Ebenda.